

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 18. März 2026

Sophia Schiebe

Vielen Dank an Samiah El Samadoni

TOP 35: Tätigkeitsbericht 2022/23 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe (Drs. 20/2193, 20/4020)

"Ich erinnere mich noch sehr genau an eine Woche, die mich nachhaltig geprägt hat. Damals habe ich den Ganztag einer Schule geleitet. Und innerhalb weniger Tage wurden drei Kinder aus ihren Familien genommen. Von einem auf den anderen Tag wurden sie aus ihrem Zuhause gerissen.

Ich sehe ihre Gesichter noch vor mir: ihr Lachen, ihre Eigenarten.
Und ich erinnere mich daran, wie plötzlich ihre Plätze einfach leer waren.

Ich kann mir bis heute kaum vorstellen, wie es sich anfühlen muss, nicht in seinem eigenen Zuhause aufwachsen zu dürfen. Wenn Kinder nicht bei ihren Familien leben können, dann muss der Staat für Stabilität sorgen, für Schutz und für Perspektiven. Davon bin ich überzeugt.

Eine der wichtigsten Perspektiven, die wir ihnen geben können, ist Bildung.

Und wenn wir über Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen sprechen, dann sprechen wir über junge Menschen, deren Lebensweg oft schon sehr früh von Brüchen geprägt ist. Gerade diese Kinder brauchen einen Staat, der sie im besonderen Maße schützt.

Und deshalb ist eine Frage zentral: Gilt für sie eigentlich das gleiche Recht auf Bildung wie für alle anderen Kinder?

Die ehrliche Antwort lautet: In Schleswig-Holstein nicht immer. Darauf weist auch der Bericht unserer Bürgerbeauftragten hin.

Denn Kinder und Jugendliche, die aus anderen Bundesländern kommen und hier in stationären Einrichtungen leben, unterliegen nicht der Schulpflicht.

Das bedeutet: Während für alle anderen Kinder selbstverständlich gilt, dass sie Teil unseres Bildungssystems sind, gilt das für diese Kinder nicht automatisch. Und dass die Landesregierung hier immer noch nichts tut, ist ein Skandal, liebe Kolleg*innen.

Dabei geht es nicht darum, jedes Kind sofort in eine Regelschule zu schicken. Pädagogisch wird individuell entschieden, wann und in welchem Setting Lernen möglich ist. Und ja, auch diese Kinder werden selbstverständlich beschult, häufig jedoch innerhalb der Einrichtungen, in denen sie untergebracht sind. Und daher bleibt die Frage nach der Gleichbehandlung.

Denn Schule ist mehr als Unterricht.

Gerade für Kinder, deren Leben aus den Fugen geraten ist, kann Schule wieder etwas geben, das sie dringend brauchen: Alltag, Struktur und Verlässlichkeit. Deshalb muss die Landesregierung jetzt dafür sorgen, dass dieser Anspruch auch für diese Kinder eingelöst wird.

Ein weiterer Punkt aus der Arbeit der Bürgerbeauftragten zeigt, wie sehr unsere Systeme an ihre Grenzen stoßen.

Es geht um Kinder und Jugendliche, die nach einem Aufenthalt in der Kinder- und Jugendpsychiatrie nicht nach Hause zurückkehren können.

Die medizinische Behandlung ist abgeschlossen. Aber wohin sollen diese jungen Menschen gehen? Zurück in die Familie – oft unmöglich. In eine Jugendhilfeeinrichtung – häufig gibt es keinen geeigneten Platz.

So entstehen Situationen, in denen junge Menschen länger in der Psychiatrie bleiben müssen, obwohl eine medizinische Behandlung gar nicht mehr notwendig ist. Oder sie stehen vor einer Entlassung, ohne dass eine passende Anschlusslösung bereitsteht.

Gerade für Kinder und Jugendliche mit besonders intensiven Unterstützungsbedarfen braucht es deshalb intensivpädagogische Plätze, die eng mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie zusammenarbeiten. Und auch hier ist die Landesregierung eindeutig gefragt.

Und dass solche strukturellen Probleme überhaupt sichtbar werden, ist auch der Verdienst unserer langjährigen Bürgerbeauftragten des Landes, Frau Samiah El Samadoni.

Über viele Jahre hinweg hat sie diesem Amt eine besondere Prägung gegeben.

Sie hat ihre Rolle selbst einmal als die einer Dolmetscherin, Moderatorin und Lotsin beschrieben. Und tatsächlich hat sie genau das getan: Sie hat übersetzt zwischen Bürger*innen und der Verwaltung, Konflikte moderiert und Menschen durch ein System begleitet, das für viele schwer zu durchschauen ist.

Viele der Fälle, die sie begleitet hat, haben sie sichtbar berührt. Und gerade diese Verbindung aus analytischer Klarheit und menschlicher Empathie hat ihre Arbeit so besonders gemacht.

Gleichzeitig hatte sie stets auch die Fähigkeit, über den einzelnen Fall hinauszublicken. Aus den konkreten Erfahrungen der Bürger*innen hat sie strukturelle Fragen abgeleitet und immer wieder darauf hingewiesen, wo Politik und Verwaltung genauer hinsehen müssen.

Für mich persönlich gehört Frau El Samadoni zu den stärksten und klügsten Stimmen unseres Landes. Zu den Menschen, die mit großer Sachkenntnis, mit Haltung und mit Ausdauer daran arbeiten, dass staatliche Strukturen den Menschen tatsächlich dienen.

Die Arbeit der Bürgerbeauftragten hat über viele Jahre hinweg dazu beigetragen, dass Missstände sichtbar wurden, dass Bürger*innen eine Stimme hatten und dass unser Staat immer wieder daran erinnert wurde, seinem eigenen Anspruch gerecht zu werden.

Diese Perspektive bleibt für unsere politische Arbeit von großer Bedeutung. Vielen Dank dafür."